

Jörn Knobloch (Potsdam)

## Postdemokratie und Postsozialismus: Zur Konvergenz zweier Krisen am Beispiel Russlands

*Der Beitrag erweitert die Diskussion um die Postdemokratie und vergleicht sie mit dem Postsozialismus. Dazu wird unter Auswertung der wissenschaftlichen Debatte ein analytisches Postdemokratiekonzept thematisiert. Dessen exemplarischer Vergleich mit dem postsozialistischen Russland offenbart, dass beide Post-Systeme durch die Globalisierung entstanden sind. Der Postsozialismus erweist sich dabei als Trendsetter für die Postdemokratie. Er macht deutlich, dass bei einer weiteren Aushöhlung der Postdemokratie nur eine autoritäre Mimikry der Demokratie übrig bleibt.*

*Keywords: Postdemokratie, Postsozialismus, Russland, Herrschaft, Entpolitisierung  
Postdemocracy, Postsocialism, Russia, power, depoliticization*

### 1. Einleitung

Die Essays von Guéhenno zum Ende der Demokratie und von Crouch zur Postdemokratie stellen polemische Diagnosen der Demokratie dar, die den Verlust der konstituierenden Eigenschaften dieses Herrschaftsmodells auf ihre Weise zuspitzen (Guéhenno 1994; Crouch 2008). In einer etwas anderen Form kritisieren Buchstein und Jörke die Transformation der Demokratie, wobei sie das weitestgehende Zurückstellen der partizipatorischen Merkmale (Input) zugunsten einer rationalisierten Ergebnisperspektive (Output) monieren (Buchstein/Jörke 2003). Trotz ihrer Unterschiede eint doch all diese Reflexionen das Motiv eines gedanklichen Abschieds „von der vertrauten normativen Idee der Demokratie“, die sich nicht mehr auf die sich wandelnden politisch-sozialen Realitäten anpassen lässt (Greven 2009, 73). In diesem Beitrag wird die Postdemokratie als analytisches Konzept erweitert, indem sie als spezifisches Resultat eines umfassenden politischen Prozesses verstanden wird. Um dies empirisch zu untermauern, vergleichen wir die Krisensymptome der Postdemokratie mit denen eines simultan existierenden Postzustandes – dem Postsozialismus. Dazu werden zuerst die Krisensymptome der Postdemokratie im Kontext der wissenschaftlichen Debatte systematisiert und anschließend geprüft, ob sie in Russland, als Exponent des Postsozialismus, auch zu finden sind. Am Ende werden die Ergebnisse des Vergleichs im Bezug auf die Dynamik des für die Post-Phasen verantwortlichen Prozesses und im Hinblick auf die Zukunft der Postdemokratie systematisiert.

### 2. Die Postdemokratie als analytisches Konzept

Mit dem Begriff der Postdemokratie wird eine neue Stufe in der Reflexion der Demokratie eingeläutet, bei der die Veränderungen der gegenwärtigen demokratischen Praxis warnend durch die Demokratietheorie systematisiert werden. Die Postdemokratie hilft dabei situativ den Zustand der Demokratie zu beschreiben, bei dem eine gewisse Ernüchterung im Demos hinsichtlich der

Erwartungshaltung ihr gegenüber spürbar ist, eine gesellschaftliche Minorität übermäßig an Einfluss gewinnt und die politischen Eliten zunehmend die durch sie repräsentierten Bevölkerungen manipulieren und bevormunden (Crouch 2008, 30).<sup>1</sup> Die dahinter stehende Veränderung des Herrschaftsgefüges der Demokratie, so Crouch, wirkt sich aber nicht auf die formalen Institutionen aus, die weiterhin funktionieren und sogar noch ausgebaut werden. Nicht das Herrschaftssystem ändert sich, es ist immer noch eine Demo- und keine Autokratie, sondern das Herrschaftsgefüge, in dem die Legitimation für politisches Handeln nicht mehr von der Partizipation der Bürger und Bürgerinnen abgeleitet wird (Buchstein/Nullmeier 2006, 17). Dabei erlebt das Elektorat seinen „Niedergang“ (Jörke 2005, 483), während global agierende privilegierte Wirtschaftseliten an Macht und Einfluss gewinnen (Crouch 2008, 22). Diese Entwicklung kann nicht mehr von den tradierten politischen Institutionen verarbeitet werden, so dass in der Postdemokratie „Funktionsdefizite“ auftreten (Buchstein/Nullmeier 2006, 18).

Das Konzept der Postdemokratie spiegelt daher nicht nur Veränderungen des Herrschaftssystems der Demokratie wider, sondern reflektiert diese auch kritisch ausgehend von einem normativen Demokratiemodell. Der Begriff ist damit doppeldeutig, weil er evaluativ und deskriptiv operiert (Buchstein/Nullmeier 2006, 17). Dies wird teilweise kritisch gesehen, da der Begriff keine exklusiv empirische Kategorie darstellt, sondern einen ambivalenten normativen Referenzrahmen aufspannt, bei dem die richtige Diagnose mit den falschen Lauten artikuliert wird (Richter 2006, 37). Eine ähnliche Kritik entwickelt auch Blühdorn, der den Theoretikern und Theoretikerinnen der Postdemokratie vorwirft, dass sie als enttäuschte Demokraten und Demokratinnen nur lamentieren, selber aber keine konkrete Analyse liefern. „Das ist ideologisch sympathisch, aber soziologisch unzureichend“ (Blühdorn 2006, 75). Das wesentliche Argument ist für ihn die eigentliche Offenheit der Demokratie, weshalb es – anders als Crouch annimmt – für ihn nicht sinnvoll ist, mit dem Bild einer Parabel zu arbeiten. Indes entwickle sich eine neue Form der Demokratie, jenseits der partizipatorisch-deliberativen und der parlamentarisch-repräsentativen Varianten, die von Blühdorn als *simulative Demokratie* bezeichnet wird (Blühdorn 2006, 79). Diese soll seiner Ansicht nach angemessener all die Elemente erfassen, die einen kategorial neuen Typus der Demokratie charakterisieren. „Dieses grundsätzlich neue Element ist die *simulative Stabilisierung* von zentralen Parametern, die sich in der Spätmoderne eigentlich weitgehend erschöpft haben, die zur Reproduktion der spätmodernen Gesellschaft jedoch unverzichtbar sind“ (Blühdorn 2006, 79). Demokratische Systeme werden immer mehr über die *Output-Dimension* legitimiert, ohne eine Kompensation durch die *Input-Seite*. Andererseits kann die Demokratie darauf nicht verzichten. Weil ihr damit aber das politische Subjekt abhanden gekommen ist, wird hier auf bloße *Simulation* gesetzt. Die *Simulation* der *Input-Legitimation* stabilisiert das System, trägt aber auch zur Reproduktion und Verschärfung des Legitimationsproblems bei.

Grundsätzlich hat Blühdorn recht, wenn er auf die Offenheit der Demokratie hinweist. Doch verkennt er die Perspektive der Politikwissenschaft, die ein normatives System zur Beschreibung und Bewertung sozialer Wandlungsprozesse anlegen muss. Es wäre nicht sehr ertragreich, die Veränderungen der politischen Herrschaft neutral zu beschreiben, quasi ethnologisch den *simulativen* Charakter bestimmter Repräsentationspraktiken zu bestimmen, ohne kritisch auf das dahinter stehende Ordnungskonzept der Politik zu reflektieren. Die Referenz ist die Demokratie, mit ihren Institutionen und ihren normativen Leitideen. Wenn im Kontext der Postdemokratie dieses Gefüge aufgelöst wird, muss auf die Folgen innerhalb des normativen Demokratiemodells so lange hingewiesen werden, bis ein neuer normativer Rahmen existiert. Bis dieser neue Ordnungsrahmen aber tatsächlich ausformuliert und vereinbart ist, muss die Untersuchung des politischen Wandels mit der Unschärfe ihres Gegenstandes auskommen.

Trotz der benannten Schwierigkeiten lohnt es sich, das analytische Potenzial der Postdemokratie herauszuarbeiten, auch deshalb, um es im Vergleich mit anderen Fällen zu nutzen. Dementsprechend wird das Konzept der Postdemokratie hier im Anschluss an Jörke mit folgenden drei Eigenschaften beschrieben (Jörke 2006, 44f.):

1. Ein Entwicklungsdeterminismus ist sowohl für die Demokratie als auch ihren sozialen Kontext abzulehnen.
2. In der Postdemokratie existiert ein normatives Moment ausschließlich im Hinblick auf das (prä-post-)demokratische Ordnungsideal, nicht aber bezüglich des postdemokratischen Systems.
3. Der Begriff dient der Deskription der veränderten Demokratie mit dem Ziel, die Veränderungen zu systematisieren, im Kontext der Verschiebung normativer Prinzipien der Demokratie zu problematisieren sowie den ursprünglichen liberalen Demokratiebegriff gegen Umdeutungsversuche zu immunisieren.

Die Postdemokratie kann so definiert zu einem analytischen Konzept werden, das aktuelle Veränderungen der Demokratie kritisch beschreibt. Der Kern der Veränderung ist das Auseinander-treten von Anspruch und Wirklichkeit im Funktionieren formaler demokratischer Institutionen.

### **3. Postdemokratie und Postsozialismus**

Welche Bedeutung hat das Modell der Postdemokratie über ihren ursprünglichen Krisenkontext hinaus? Der Schlüssel dazu liegt in der Semantik des Post-Begriffs, die deutlich macht, dass die Demokratie zu diesem Zeitpunkt in einer Regression begriffen ist. In einer abstrakten Modellierung impliziert der Post-Begriff einen Gegenstand, der die Form einer Parabel hat und sich in drei Phasen differenzieren lässt (vgl. Crouch 2008, 31): Zuerst die Prä-Phase, in der sich ein historischer sozialer Gegenstand erst entwickelt, wobei noch nicht alle seine Merkmale ausgeprägt sind. Die darauffolgende Hochphase ist von der vollkommenen Entwicklung des historischen sozialen Gegenstandes bestimmt und wird von der Post-Phase abgelöst, in der sich die Konturen des Gegenstandes auflösen, wobei sich schon etwas Neues entwickelt. Diese Post-Phase ist sehr komplex und wird durch die Ambivalenz einer Entwicklung bestimmt, bei der das Überkommene an Einfluss und Prägekraft verliert, ohne dass sich bereits ein neuer klar definierbarer Zustand ausgebildet hat. Dies ist ein Charakteristikum einer sozialen Konfiguration, für die es auch andere Beispiele gibt.

#### *3.1 Postsozialismus*

Das Konzept des Postsozialismus teilt den Post-Begriff mit der Postdemokratie und beschreibt eine Reihe mit ihr gleichzeitig existierender politischer Systeme.<sup>2</sup> Analog zur Parabel der Postdemokratie definiert der Postsozialismus ein Stadium einer Gesellschaft, in dem ein politisches Herrschaftsmodell in eine ambivalente Post-Phase gerät. Das Konzept wurde erstmals von Ethnologen und Ethnologinnen systematisiert und hat einen empirischen Hintergrund (vgl. Hann et al. 2002, 12). Die ForscherInnen stellten in ihren Feldforschungen fest, dass das staatssozialistische Erbe einen elementaren Einfluss auf die gegenwärtigen sozialen Interaktionen, Regeln und Koexistenzen besitzt, weshalb es sinnvoll ist, den Bezug zum gewandelten Sozialismus als Kategorisierung der Fälle zu nutzen, um Abgrenzungen vorzunehmen und ein eigenständiges Un-

tersuchungs- sowie Vergleichsfeld zu konstruieren (vgl. Hann et al. 2002, 12f.). Mit dem Postsozialismuskonzept setzen sich die EthnologInnen bewusst vom Transformationsansatz ab, der mit seiner Annahme der Tabula rasa politisch-sozialer Wandlungsprozesse sowie der dualen Entgegensetzung von Demokratie und Diktatur die Bedeutung und die Funktion der traditionellen sozialen Konfigurationen relativiert (Segert 2007, 5).

Probleme wirft der Postsozialismus hinsichtlich seiner konzeptuellen Basis auf, die wie alle Post-Begriffe immer nur eine sehr schmale Definition anbietet und deren Logik einem ausschließlich negativ-abgrenzenden Selbstverständnis folgt (Beyme 2007, 148). Während noch relativ einheitlich definierbar ist, was die gemeinsamen Merkmale der real existierenden staatssozialistischen Systeme sind, ist dies im Bezug auf die postsozialistischen Systeme weitaus komplizierter, weil sich durch den sozial-politischen Wandel dort eine enorme Vielfalt entwickelt hat (Bunce 1999). Diese schlägt sich unter anderem in einer hohen ökonomischen Diversität nieder und zeigt sich auch hinsichtlich der Bandbreite der politischen Verfasstheit der Staaten, ihres Alters, ihrer Stabilität und ihres Regimetypus (Bunce 2004, 72f.). Zudem offenbart sich die Vielfalt nicht nur hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Fällen des Postsozialismus, sondern prägt in spezifischer Art und Weise auch die interne Struktur der politischen Systeme. In einer bestimmten Untergruppe sind zum Beispiel verschiedene institutionelle Logiken so miteinander verflochten, dass die immanente Diversität sogar einen neuen Regimetypus, ein hybrides politisches System, bildet (Knobloch 2006; Ray 2009, 323). Die Forschung stellt dies vor die Herausforderung, aus dem Vergleich der Fälle dieser Gruppe eine minimale Zahl gemeinsamer Merkmale herauszuarbeiten.

Damit fehlt dem „Postsozialismus“ die theoretisch-konzeptuelle Stringenz der „Postdemokratie“. Sein Modell wird induktiv abgeleitet – bei den Ethnologen und Ethnologinnen baut es auf dichten Beschreibungen auf. Aber auch in der Politikwissenschaft steht der Ansatz des Postsozialismus für eine offene Forschungsrichtung, die, obgleich sie empirisch fundierte Schematisierungen vornimmt, noch längst nicht abgeschlossen ist (vgl. Segert 2007, 21). Dementsprechend negiert das Postsozialismuskonzept im Gegensatz zum Transformationsansatz nicht die enorme Bandbreite der vollzogenen Wandlungsprozesse, durch die eine neue eigenständige Systemrealität zwischen Staatssozialismus und westlicher Demokratie entstanden ist. Dennoch geht es davon aus, dass es mittels *eines* Postsozialismuskonzeptes möglich sein soll, die Integration *aller* Fälle vorzunehmen.

### 3.2 Zwei Parabeln mit synchronen Scheitelpunkten

„Postdemokratie“ und „Postsozialismus“ sind beides Zustandsbeschreibungen von politischen Systemen, deren Gegenstand nicht von vornherein als deckungsgleich angesehen werden kann. Wie oben dargestellt, bemüht sich Crouch um eine genaue Definition der Postdemokratie, d.h. er will die Krise der Demokratie an der Unterminderung ihrer Institutionen festmachen. Doch ist das nicht die einzige Intention Crouchs. Wäre sie es gewesen, dann hätte er sinnvollerweise seinen Ansatz mithilfe eines funktionalistischen Frameworks entwickelt, welches als Katalog von Institution und Funktion die genaue Systematisierung von Problemen ermöglicht. Auf deren Grundlage könnte anschließend eine Typologie wie die einer „Demokratie mit Adjektiven“ ausgearbeitet werden (Collier/Levitsky 1997). Da Crouch aber einen Post-Begriff verwendet, liegt die Vermutung nahe, dass er eine historische Periodisierung der demokratischen politischen Ordnung vornehmen will. Crouch will zeigen, dass die Demokratie in einen historischen Kontext eingebettet ist, der sie erst ermöglicht hat. Gleichzeitig ist ihm auch bewusst, dass die gegenwärtige

tigen Entwicklungen die bisherige Form der Demokratie überfordern, weil sie die Möglichkeiten demokratischer Institutionen übersteigen. Indem er diesen Zusammenhang zum Ausgangspunkt seines Modells von „Postdemokratie“ macht, generiert er einen Ansatz, der weit über eine bloße Strukturanalyse der Demokratie hinausgeht, weil hier der institutionell-analytischen eine historisch-dynamische Dimension zur Seite gestellt wird.

Wie die Postdemokratie verwendet auch das Konzept des Postsozialismus die Parabelfigur, um eine Periodisierung vorzunehmen. Grundsätzlich schematisieren somit beide Parabeln einen komplexen Gegenstand durchaus reduktionistisch, was gerade bei HistorikerInnen einen „kalten Schauer“ (Morandi 2004, 47) auslösen kann. Andererseits eröffnen sich damit interessante Vergleiche, wie nachfolgend begründet werden soll. Die in beiden Fällen genutzte Parabelfigur soll ausdrücken, dass die Leitidee eines Ordnungssystems an Integrationskraft verloren hat. Die politischen Systeme werden deshalb von De-Legitimationstendenzen erfasst, die innerhalb der Gesellschaft Krisen hervorrufen. Sowohl die Demokratie als auch der Staatssozialismus haben beim Entstehen jener „Post-Phänomene“ ihren Scheitelpunkt überschritten. Sie unterscheiden sich aber bezüglich der normativen Beurteilung jener Parabelform: Wird die Überwindung des Sozialismus allgemein als positive Rückkehr zur Normalität, zur Nation oder nach Europa gedeutet (Lagerspetz 1999), ruft das Auftreten der Postdemokratie durchweg kritische Einschätzungen hervor (Jörke 2006; Blühdorn 2006). Zudem beschreiben beide Parabeln den Niedergang zweier Herrschaftsordnungen, deren Geschichte und Dynamik sich zwar unterscheiden, die beide aber zur gleichen Zeit stattfinden.

Die Synchronität beider Post-Zustände veranschaulicht, dass sie ungeachtet ihrer Verschiedenheit in einen übergreifenden gemeinsamen Kontext eingebettet sind. Es gibt eine spezifische historische Situation, in der die Kontinuität beider politischen Herrschaftsordnungen unterbrochen wurde. Innerhalb dieses Rahmens können wir auch den Zeitpunkt identifizieren, welcher den Bruch der beiden Herrschaftsordnungen präsentiert – 1989 (Blokker 2009). So gesehen verknüpft das Jahr 1989 historisch die Scheitelpunkte beider Parabeln. Die Epochenwende des Jahres 1989 steht nicht wie üblich angenommen im Zusammenhang mit einem triumphalen Sieg der liberalen Demokratie, sondern für den Beginn eines umfangreichen Wandels *aller* politischen Systeme. Den Auslöser identifiziert Crouch für die Demokratie in der sich globalisierenden Ökonomie und der durch sie geprägten Entwicklungsdynamik (Crouch 2008, 42). Die Demokratie hat es nicht vermocht, ihre institutionellen politischen Strukturen, hier vor allem ihre nationalstaatliche Organisation (Guéhenno 1994; Blokker 2009, 312), an die dynamischen Prozesse der ökonomischen und kulturellen Globalisierung anzupassen. In dem Maße, wie die Globalisierung Einfluss auf die liberaldemokratischen Systeme gewann, entwickelten sie sich zu Postdemokratien. Ebenso trafen die Triebkräfte der Globalisierung den Staatssozialismus, der weder funktionell noch legitimatorisch in der Lage war, die dadurch notwendig gewordenen politischen Veränderungen zu steuern und daran auch letztlich scheiterte (vgl. Arnason 1998; Staniszki 1999, 50ff.; Outhwaite/Ray 2005, 127ff.).

Es lässt sich also festhalten, dass die Postdemokratie wie auch der Postsozialismus Resultate einer Dynamik sind, da auf sie zur selben Zeit der gleiche durch die Globalisierung induzierte Veränderungsdruck einwirkt. Die sich an diese Beobachtung anschließende interessante Frage ist nun, ob neben der gleichen historisch-dynamischen Dimension beider Post-Phänomene auch weitere Gemeinsamkeiten bestehen? Welchen Einfluss haben die unterschiedlichen Strukturen der politischen Systeme auf die Art und Weise der Veränderungen bzw. wie werden sie selbst verändert? Zur Beantwortung dieser Frage wird ein exemplarischer Vergleich von Exponenten der beiden Parabeln unternommen.

#### 4. Postdemokratische Phänomene im Postsozialismus

Anhand Russlands soll nun geprüft werden, ob sich in beiden Post-Zuständen Parallelen finden lassen. Dabei konzentriert sich der Vergleich auf die Krisensymptomatik der Postdemokratie und sucht nach ähnlichen Phänomenen im Postsozialismus. Russland ist zwar durchaus ein typischer Vertreter des Postsozialismus, jedoch kann nicht behauptet werden, dass die gesamte Vielfalt der postsozialistischen Systeme damit hinreichend abgebildet wäre. Trotzdem stützen zwei Argumente die Auswahl dieses Falles für den Vergleich: Erstens ist Russland aufs Engste mit dem originären Herrschaftssystem verbunden, welches im Postsozialismus auf vielfältige Weise überwunden wurde. Ideologisch und institutionell wurde der Staatssozialismus durch das sowjetische Paradigma geprägt, welches von Russland aus in vielen ost- und ostmitteleuropäischen Ländern kopiert wurde. Zweitens spiegeln sich im Postsozialismus Russlands eine Reihe struktureller und systemischer Eigenschaften wider, die besonders für jene osteuropäischen postsozialistischen Systeme typisch sind, welche sich aus der ehemaligen Sowjetunion heraus entwickelt haben und die derzeit nicht durch institutionelle Dynamiken der Europäischen Union beeinflusst werden. Dementsprechend fungiert Russland als einer von mehreren möglichen Idealtypen des Postsozialismus, an dem wir, ausgehend vom oben identifizierten Kern der Postdemokratie, untersuchen, ob auch dort Anspruch und tatsächliche Funktion der formalen politischen Institutionen in einen Gegensatz geraten. Anschließend befassen wir uns mit den drei postdemokratischen Symptomen, die für das Funktionsdefizit der Institutionen verantwortlich sind.

##### 4.1 *Der Status formaler politischer Institutionen im russischen Postsozialismus*

Verfassungsrechtlich ist Russland eine präsidentielle Demokratie. Die Form des politischen Systems wird aber auch als Superpräsidentialismus oder Semipräsidentialismus typologisiert (vgl. Knobloch 2002, 65ff.; Sakwa 2008, 105ff.; Zaznaev 2008). Statt jedoch hier die Frage nach der Form zu verfolgen, ist es für uns interessanter, auf den generellen Status von formalen politischen Institutionen einzugehen. Politische Institutionen werden durch kollektive Bemühungen geschaffen, um die Stabilität und Steuerbarkeit von Gesellschaften zu ermöglichen (vgl. Wagner 1995, 125). Sie sind das Ergebnis von Konventionalisierungen von oben, d.h. durch eine politische Elite, oder von unten, indem sie von gesellschaftlichen Mobilisierungsbewegungen getragen werden. In Russland sind die politischen Institutionen dadurch geprägt, dass sie vorrangig als Mittel eingesetzt werden, um die Etablierung einer Machtgruppe durchzusetzen (Duka 2003, 166f.). Institutionen lösen hier nicht primär soziale Probleme, sondern sie tragen als Gegenstand von politischen Kämpfen dazu bei, den Status einer Machtgruppe und ihren Zugang zur Macht zu formalisieren, um durch diese scheinbare Legalisierung den Machtanspruch der Gruppe zu legitimieren. Eine Folge dieser Instrumentalisierung und des damit verbundenen ambivalenten Charakter der Institutionen ist das mangelnde Vertrauen der Menschen in diese (Schröder 2008, 15). Dazu kommen noch fehlende Erfahrungen mit erfolgreich funktionierenden kollektiven Regelungen durch formale Institutionen und das Wissen, dass informelle Praktiken in der russischen Gesellschaft als eigentliche soziale Vermittlungsmechanismen längst die Funktionen formaler Institutionen übernommen haben (Ledeneva 2006; Holmes 2009).

Damit wird die doppelte Realität des Staatssozialismus reproduziert, in der auf der einen Seite ein offizielles System von Symbolen, Regeln und Rechten existiert, während auf der anderen Seite die Menschen genau wissen, dass die tatsächlichen politischen Mechanismen damit

wenig zu tun haben. Die Ursachen hierfür liegen in der vollzogenen Politik der Institutionalisierung begründet, die im Wesentlichen durch drei Momente bestimmt wird (vgl. Staniszki 1999, 100ff.):

1. *Reorganisation der Nomenklatura*: Die ehemalige Nomenklatura und vor allem die Dienstklasse als ihr größtes Segment begann sich zu desintegrieren.<sup>3</sup> Ihr Wandel hin zur Protoelite der neuen Ordnung und die anschließende Neuorganisation durch die Etablierung einer dominierenden Machtgruppe setzte die Separierung der neuen Führung von der Gesellschaft fort.
2. *Transformation von Netzwerken*: Die auf persönlichen Kontakten beruhenden Netzwerke, welche die wesentliche interne Relation der ehemaligen Nomenklaturaklasse darstellte, wurden transformiert.<sup>4</sup> Ihre Mitglieder wechselten, begannen neue Aktionsfelder zu erschließen, oder die Hierarchien änderten sich. Ebenso bildeten sich neue Netzwerke, die jedoch auf den Interaktionspraktiken der exklusiven Netze beruhten.
3. *Formale Institutionen zwischen Funktion und Ressource*: Neu geschaffene oder transformierte formale Institutionen bekamen zwar in der Öffentlichkeit eine Funktion zugewiesen, aber sie fungierten primär als Ressource zur Institutionalisierung der neuen Machtgruppen (Solov'ev 1999).

Diese drei Momente haben den gegenwärtigen Status der politischen Institutionen im russischen Postsozialismus mitgestaltet. Sie bilden den Hintergrund, vor dem aus der Summe von Interessen, Ideologien und Informationen bestimmte Arrangements hinsichtlich der institutionellen Ordnung getroffen wurden (vgl. Gel'man 2003, 11ff.). In Russland ist daraus im Rahmen eines monozentristischen Machtsystems eine eigene institutionelle Ordnung entstanden (vgl. Ledjaev 2008, 63).<sup>5</sup> Diese wird durch die Differenz von öffentlichen und nicht-öffentlichen Praktiken bestimmt, die simultan innerhalb der Institutionen existieren und in ihrer Gesamtheit ebenso wie in ihrem gegenseitigen Bezug die tatsächliche Regelbefolgung organisieren. Die Besonderheit ist die Existenz von nichtöffentlichen Praktiken im öffentlichen Raum formaler Institutionen, wobei das eigentliche praktische Können der Akteure in der Aufhebung dieses Widerspruchs liegt (vgl. Daugavet 2003). Deshalb entwickeln sich spezifische Arrangements, in denen die Widersprüche vor der Fassade formaler Strukturen in bestimmten Handlungen oder Routinen vercodiert werden.<sup>6</sup> Gleichzeitig suchen sich die Arrangements partielle Formalisierungen, um die potenzielle Unsicherheit der nicht-öffentlichen Interaktion zu minimieren.<sup>7</sup> Dementsprechend lässt sich der Zusammenhang von Fassade und Praktiken als *Mimikry* (Solov'ev 1999) bezeichnen, die sich in eine spezifische Hybridität der postsozialistischen Systeme einordnet. Der hybride Charakter des russischen politischen Systems stellt das wesentliche Merkmal dieses postsozialistischen Idealtypus dar, der auf die Kontinuität bestimmter Elemente des Staatssozialismus sowohl in der Herrschaftsorganisation, der politischen Repräsentation als auch in der symbolischen Integration der Gesellschaft verweist (Knobloch 2006). Diese werden mit neuen Symbolen und Praktiken kombiniert, woraus ein spezifischer Synkretismus in der politischen Praxis resultiert (vgl. Knobloch 2006, 223). Die Herausforderung der russischen Politik besteht darin, in dieser Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen (Bloch) Widersprüche abzubauen und Konflikte zu entschärfen.

#### 4.2 Symptome der Postdemokratie in Russland

Die im zweiten Abschnitt beschriebenen Symptome der Postdemokratie zeugen vom Bedeutungsverlust der demokratischen politischen Institutionen. Als Phänomen sind sie aber auch in

Russland zu identifizieren. So zeigt sich im postsozialistischen Russland eine weitgehende Apathie der Bevölkerung gegenüber der Politik in Form eines „resigned acceptance“ (Gel'man 2010). Dies äußert sich nicht nur in einem gewissen Desinteresse an Politik, sondern auch in der fehlenden Bindung zu den im politischen System nicht freien Parteien (Sakwa 2008, 128ff.; Hale 2010, 91ff.) und in einer sehr schwachen politischen Mobilisierung (Alexander 2000, 153; Stoner-Weiss 2010, 266). Die Apathie potenziert sich sogar und nimmt Formen eines „kollektiven Zynismus“ (Gudkov 2007) an, für den es auch historische Ursachen gibt.

Auf der anderen Seite nehmen in diesem System die Eliten eine herausgehobene Rolle ein. Im politischen System des heutigen Russlands bilden die politische Elite, ihre Institutionen, der Präsident, seine Administration und die einzelnen Machtorgane (u.a. die Sicherheitsorgane) eine heterogene Machtgruppe, welche in unterschiedliche Koalitionen mit anderen Machtgruppen tritt (vgl. Duka 2005). Zeichnet man diese Relationen seit der Desintegration im Zuge der Transformation nach, lässt sich feststellen, dass die Machttäger in *Symbiose* mit anderen Machtgruppen existieren (Solov'ev 1999). Der Begriff Symbiose umreißt bestimmte Eigenschaften: eine Verbindung zum beiderseitigen Vorteil, in der beide Partner ihre Eigenständigkeit reproduzieren. In einer *ersten Phase* der Machtsymbiose bestand eine Verbindung mit starken ökonomischen Akteursgruppen, die oligarchisch geführt wurden.<sup>8</sup> Im Zuge dieser Beziehung wurde zwar das politische Zentrum gestützt, aber auch die eigentliche Machttägerstruktur durch starke Desintegration, Autonomisierung und Aufspaltung geschwächt.<sup>9</sup> Die Schwächung der Machttägerstruktur ging einher mit der Privatisierung des Staates zum Vorteil der in Symbiose mit dem politischen Zentrum stehenden ökonomischen Gruppen (Gaman-Golutvina 2003, 129). Beendet wurde diese Phase, weil der Vorteil zu stark zulasten der Machtgruppe ging, aus dem symbiotischen Verhältnis wurde ein parasitäres. Schließlich stieß die gewollte Schwäche des politischen Zentrums mit der neuen Schwäche der Oligarchen zusammen.<sup>10</sup> In der *zweiten Phase* der Machtsymbiose emanzipierten sich die Machttäger von den ökonomischen Gruppen und gingen eine Symbiose mit der Bürokratie ein (Solov'ev 2004; Shevtzova 2007, 107f.). Dieser Wechsel wurde durch den neuen Präsidenten lanciert, der sich aus den alten Relationen befreien konnte und die Stärke der neuen Symbiose aus der Macht der Apparate schöpfte. Diese zweite Symbiose ist umfassender und zielt auf die dauerhafte Einheit hin. Resultate der neuen Beziehung sind die De-Privatisierung von Unternehmen, die Monopolisierung und die Rezentralisierung der Macht (vgl. Nureev/Runov 2002, 26ff.; Gaman-Golutvina 2009). Trotz der gestiegenen Unabhängigkeit der politischen Eliten bleibt der Einfluss ökonomischer Akteure nach wie vor hoch. So nahm in der Zeit von Putins Präsidentschaft die Zahl der Oligarchen sogar zu, jedoch hatten diese nur die Möglichkeit, ihre Loyalität gegenüber der politischen Machtelite zu erklären oder das Land zu verlassen (Rutland 2010, 169). Die Beziehungen zwischen den politischen und ökonomischen Eliten sind gegenwärtig von einem Status quo geprägt, bei dem der gegenseitige Spielraum durch den anderen akzeptiert wird. Wenn die Oligarchen privater aber auch staatlicher Unternehmen sich aus der Politik heraushalten, erlauben die politischen Machthaber den ökonomischen Akteuren, ihre Unternehmen und Unternehmensimperien weiterzuführen (Rutland 2010, 178). Beide Gruppen kooperieren miteinander auf Grundlage eines geteilten politischen Primats der wirtschaftlichen Entwicklung. Dieses wird durch das Bewusstsein der Akteure über die Einbettung der russischen Ökonomie in die Weltwirtschaft, die Abhängigkeit vom Rohstoffexport und die Stabilität des interdependenten Energiemarktes getragen (vgl. Zabanova 2008). Sie tun dies im Kontext rein nicht-öffentlicher, auf persönlicher Bekanntschaft beruhender Interaktionsnetze (vgl. Heinemann-Grüder 2009; Kryshantovskaja 2010), die wegen mangelnder Transparenz und Exklusivität nur eine selektive Interessendurchsetzung zulassen. Die Möglich-

keit der besonderen Einflussnahme bestimmter Interessengruppen ist im postsozialistischen Russland ein systemisches Merkmal und weniger ein Krisenphänomen wie in der Postdemokratie.

Schließlich kann darauf verwiesen werden, dass in Russland die Eliten die Bevölkerung ebenso über die Medien manipulieren, wie es Crouch für die Postdemokratie herausstellt. Im postsozialistischen Russland sind die Effekte der Manipulation ähnlich, doch wird hier die Öffentlichkeit primär über das Mittel der Kontrolle von der Politik beeinflusst. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen sowie die Massenmedien der Öffentlichkeit sind unter die Herrschaft des politischen Zentrums geraten. Das geschah in verschiedenen Etappen, wobei die Wirksamkeit der Kontrolle in der Art und Weise der vollzogenen Wahlen sichtbar wird (Shevzova 2004). Besonders deutlich wird die Kontrolle bei den Massenmedien (vgl. Hutchings/Rulyova 2009), die durch die Sicherheitsdoktrin aus dem Jahr 2000 sogar formalisiert wurde (Sakwa 2008, 349). Die Kontrolle über die Öffentlichkeit wird genutzt, um Aktionen der Politik zu rechtfertigen, Unterstützung zu mobilisieren und Realitätsinterpretationen zu verbreiten (vgl. Hutchings/Rulyova 2009, 29ff.). Weiterhin werden reale und vermeintliche Gegner und Gegnerinnen bekämpft.<sup>11</sup> Schließlich wird eine Realität dargestellt, die weder ein adäquates Bild der Gesellschaft noch der Politik abgibt (Ledjaev 2008, 83). Daneben werden, im Unterschied zur Postdemokratie, auch formale Institutionen manipuliert, d.h. sie regeln nicht die politischen Auseinandersetzungen, sondern werden zur Unterdrückung und einseitigen Auflösung politischer Konflikte eingesetzt (Ledjaev 2008, 73; Schedler 2010). Die Manipulation der formalen Institutionen wird durch die Machtkonzentration beim Präsidenten ermöglicht, der alle öffentlichen Institutionen des politischen Systems beeinflussen kann.

Beide Arten der Manipulation werden zum Überleben des politischen Systems und seiner tragenden Machtelite eingesetzt. Sie stützen als Technologien das System sowohl gegenüber unabhängigen Regungen der Gesellschaft als auch gegenüber dem Machtstreben anderer konkurrierender Machtgruppen. Die Beziehung der politischen Elite zu den Wählern und Wählerinnen ist eine rein technische: Die klassischen Funktionen der Interessenbildung und -vermittlung von Parteien übernehmen andere Institutionen, während die Parteien als reine „Wahlmaschinen“ (Gaman-Golutvina 2003, 125) arbeiten (Petrov 2004, 248). Ihre Funktion beschränkt sich auf die nachträgliche formale Legitimation vorher bereits zementierter politischer Machtverhältnisse. Zusammen mit der voranschreitenden Technisierung des Abstimmungssystems, wobei der entscheidende Faktor für einen Wahlerfolg die Verfügung über administrative Ressourcen (gefolgt von finanziellen, medialen und polit-technologischen) ist (Gaman-Golutvina 2004; Makarenko 2004; Chernyshov 2003; Sakwa 2008), haben sich Wahlen als organisierte Praktiken der gesteuerten Elitenpositionierung durchgesetzt. Wahlen sind damit kein Verfahren der Elitenkonkurrenz, sondern ein Mechanismus der nachholenden Elitenlegitimation, in dem eine Partei der Macht die Funktion der Elitenselektion übernimmt (Gaman-Golutvina 2003, 131).

## 5. Zwei Seiten der Entpolitisierung

Was offenbart der Vergleich von Postdemokratie und Postsozialismus? Zu erkennen sind Parallelen: Vor dem Hintergrund formaler demokratischer Institutionen distanziert sich der Großteil der Bevölkerung von den politischen Prozessen und nimmt eine zunehmend apathische Haltung ein. Bestimmte Interessensgruppen verfügen über einen privilegierten Zugang zu den politischen Entscheidungen. Schließlich haben in beiden Fällen die politischen Eliten gelernt, das Elektorat

mit modernen Methoden zu manipulieren. Doch es gibt auch Unterschiede: Im Postsozialismus Russlands manipulieren die Eliten nicht nur durch Mittel der Meinungsbildung bzw. Werbung, sondern sie kontrollieren direkt die Arbeit der Massenmedien und den Zugang zur politischen Öffentlichkeit. Darüber hinaus manipulieren sie auch die politischen Institutionen, deren Funktionalität der Herrschaftserhaltung untergeordnet wird. Der Einfluss von Interessengruppen nimmt im Postsozialismus Russlands im Vergleich zur Postdemokratie einen systemischen Status ein, da die politischen Eliten infolge ihrer eigenen Schwäche auf die Zusammenarbeit und den Ressourcentransfer mit ökonomischen Gruppen angewiesen sind. Die Schwäche der politischen Eliten wiederum verweist auf den wesentlichen Unterschied beider Postphänomene – die unterschiedliche Funktionsweise der formalen Institutionen. In der Postdemokratie generieren die demokratischen Institutionen legale Entscheidungen, die ausreichend Legitimation besitzen. In der „imitierten Demokratie“ (Shevtsova 2007) Russlands hingegen sind die Institutionen reine Fassade. Dort haben institutionell abgesicherte demokratische Verfahren niemals funktioniert, woraus sich die Schwäche der politischen Entscheidungsträger und des Demos ableiten lässt. Demzufolge kann die Postdemokratie trotz der Parallelen nicht mit autoritären Systemen, auch wenn sie wie Russland durch Hybridisierung öffentliche demokratische Institutionen adaptiert haben, verwechselt werden (Jörke 2005, 486).

Durch den Vergleich ist deutlich geworden, dass Postsozialismus und Postdemokratie zwei Seiten eines umfassenden Wandlungsprozesses sind, der ähnliche Folgen in den unterschiedlichen Herrschaftssystemen induziert. Der Globalisierungsprozess hat eine neue Ebene der Politik geschaffen, die zum einen außerhalb des Zugriffs und der Kontrolle des Elektorats liegt und zum anderen neue Standards der Output-Legitimation setzt, die nicht mehr durch die Input-Dimension gedeckt werden.<sup>12</sup> Die Folgen für die Postdemokratie und den Postsozialismus konzentrieren sich auf eine weitgehende Minimierung der Input-Dimension der Legitimation, wodurch Politik zu einem reinen Elitenprojekt wird, welches zunehmend bzw. weiterhin selbstreferentiell arbeitet. Dieser Trend wird aber umso dramatischer, je wichtiger die Input-Dimension für das normative Selbstverständnis der politischen Herrschaft ist. Die Postdemokratie ist damit weitaus kritischer zu beurteilen als der russische Postsozialismus.

Beide Post-Phänomene sind Teil einer „großen Transformation“, die jedoch als Prozess vielschichtig, diskontinuierlich und letztlich völlig offen ist (Reißig 2009, 197). Diese Offenheit macht es auch unmöglich, gesicherte Aussage über die weitere Entwicklung der Post-Systeme zu machen. Doch können durch den hier unternommenen Vergleich einige kritisch-reflektierende Anmerkungen formuliert werden. Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass der Postsozialismus gegenüber der Postdemokratie in diesem Wandel als ein negativer „Trendsetter“ (Segert 2007a) auftritt: Der russische Postsozialismus demonstriert eindringlich, was passieren kann, wenn die formalen politischen Institutionen dauerhaft marginalisiert werden. Sie verlieren weiter an Bedeutung und werden dysfunktional, wobei am Ende nur eine entleerte Fassade übrig bleibt, hinter der sich beliebige politische Praktiken verbergen lassen. Der russische Postsozialismus weist warnend darauf hin, in welchem Maße Gesellschaften und ihre politischen Systeme in der Lage sind, scharfe Widersprüche ihrer Herrschaftsorganisation zu verarbeiten. Die Marginalisierung der politischen Institutionen in der politischen Praxis muss nicht, wie vielleicht vermutet werden kann, zu einem Aufbrechen der Gegensätze von demokratischem Legitimationsanspruch und undemokratischen Verfahren führen. Im Postsozialismus haben die Menschen sehr wohl gelernt, zwischen Anspruch und Wirklichkeit der politischen Herrschaft zu unterscheiden und sich damit zu arrangieren. Warum soll dies nicht auch in einer sich weiter radikalisierenden Postdemokratie geschehen?

Eng damit verknüpft ist das Problem der Entpolitisierung. Der Vergleich beider Post-Phänomene macht klar, dass es sich dabei um den entscheidenden Effekt und das zu kritisierende Moment des politischen Wandels unabhängig vom Herrschaftssystem handelt (vgl. Blühdorn 2006, 76). Postdemokratie und Postsozialismus sind zwei kontingente Ergebnisse politischer Strategien zur Marginalisierung der Input-Legitimation, die durch die Globalisierung begründet werden und eine Entpolitisierung politischer Praxis vorantreiben. Dahinter verbirgt sich ein bestimmtes von politischen und ökonomischen Akteuren und Akteurinnen vertretenes Politikverständnis, welches die Angst vor Interventionen der Politik ausdrückt (Greven 2010, 87). Dies mag kurzfristig gedacht Konflikte verhindern, langfristig beraubt es die Politik zweier wichtiger Vorteile der Demokratie, nämlich der Fähigkeit des politischen Systems, durch Responsivität und durch Reflexivität auf die Erwartungen der Bürger und Bürgerinnen einzugehen (Kleger 2010, 277). Keine Manipulation und keine Simulation kann diese Beziehung ersetzen, weshalb leichtfertige Legitimationsversuche, wie die der simulativen Demokratie (Blühdorn 2006, 78ff.), nicht fruchten – im Gegenteil! Gerade der Postsozialismus zeigt, dass die pure Simulation von Demokratie letztlich zur autoritären Mimikry führt. Nur die Re-Politisierung des Elektorats und der gesamten Bevölkerung sowie die Öffnung der Input-Dimension des politischen Systems können zu einer Aufhebung des statischen Post-Zustandes der politischen Systeme führen. Erst eine politisierte Gesellschaft ist nämlich überhaupt in der Lage, vorhandene und neue politische Leitideen mit der politischen Praxis vor dem Hintergrund einer sich verändernden Wirklichkeit zu verhandeln. Dabei geht es um die Revitalisierung der Demokratie und deren Neu-Institutionalisierung sowohl in der Postdemokratie als auch im Postsozialismus. Dies wäre der erste Schritt hin zu einem Post-Post-Zustand.

#### ANMERKUNGEN

- 1 Damit rekurren wir primär auf den Begriff von Crouch, der zwar nicht der einzige Postdemokratiebegriff in der Debatte ist, wohl aber der am besten systematisierte (Buchstein/Nullmeier 2006, 16). Zu weiteren Verwendungen des Begriffs etwa bei Rancière oder Wolin siehe ebenfalls die Systematisierung bei Buchstein/Nullmeier (2006, 16f.).
- 2 Der Begriff des Postsozialismus setzt sich damit auch vom Postkommunismus insofern ab, als dass er von der primären Selbstbeschreibung der Systeme als sozialistische abstrahiert und sich gegen einen häufig als Kampfbegriff verwendeten Postkommunismus positioniert (Hann et al. 2002, 21 FN2). Natürlich sind die Gemeinsamkeiten mit einem analytischen Postkommunismus-Konzept sehr groß (vgl. Staniszki 1999; Outhwaite/Ray 2005).
- 3 Während die primäre Reihe der Partei in den Ruhestand wechselte, nutzten viele Personen der zweiten Reihe und der Dienstklasse die Chance, in Machtpositionen zu kommen (vgl. Afanas'ev 2000; Kryshantovskaja 2005). Die Dienstklasse stellte den „Mittelbau“ der Nomenklatura, die Subelite, dar (vgl. Brie 1996, 42; Segert 2009, 131ff.).
- 4 Netzwerke konnten sich auflösen, sich interaktiv rekonfigurieren oder ihre Form beibehalten (vgl. Smith/Swain 1998, 41f.).
- 5 Der heutige Monozentrismus führt die Routine der monosubjektiven Macht fort: Macht ist immer noch primär selbstreferentiell. Der Monozentrismus ist die zeitgenössische Form des russischen Machtssystems. Was ihn von anderen Phasen unterscheidet, ist seine Art der Organisation. Die institutionelle Matrix, mit der die Macht und ihre Träger als eine spezifische Beziehung von Machteliten ihre Koexistenz reproduzieren, macht die Anpassungsleistungen des russischen Systems deutlich, was sich aktuell in der Existenz einer Partei der Macht äußert (vgl. Pivovarov/Furson 1999 und 2001; Solov'ev 2004).
- 6 So gelangen hier Termini der nicht-offiziellen russischen Sprache zur Anwendung, die bestimmte Praktiken umschreiben.
- 7 Z.B. verschiedene Rituale (Pavlenko 1999, 74). Auch das Treffen auf neutralem Gebiet, abseits öffentlicher Kanäle, zum Informationsaustausch ist ein solches Ritual und verlangt vom Einzelnen die Fähigkeit, nicht-formelle Situationen in formelle Standards zu übersetzen (Daugavet 2003, 35).

- 8 Zenit dieser Phase stellt die Wiederwahl El'cins 1996 unter starker Anteilnahme der Oligarchen und ihrer Ressourcen dar (vgl. Knobloch 2002, 101ff.; Gaman-Golutvina 2003, 129).
- 9 Beispielhaft für diese Entwicklungen sind die „Parade der Souveräne“, d.h. die Autonomie für regionale Administrativen, im Rahmen der föderalen Ordnung, sowie die Deorganisation der Sicherheitsorgane (vgl. Bljakher 2002, 84; Volkow 2002, 187ff.).
- 10 Das Ende der Oligarchie wird durch die Augustkrise 1998 markiert (vgl. Staniszki 2000, 204ff.; Kryshantovskaja 2005).
- 11 Wie dies in der Kampagne gegen den Oligarchen Chodorkovski sichtbar wurde (vgl. Makarenko 2004).
- 12 Die große Verliererin ist dabei die Legislative (vgl. Jörke 2006).

## LITERATURVERZEICHNIS

- Afanas'ev, Mikhail* (2000). Klientelismus i Rossijskaja Gosudarstvennost', 2. Auflage, Moskau.
- Alexander, James* (2000). Political Culture in Post-Communist Russia: Formlessness and Recreation in a Traumatic Transition, Basingstoke/Hampshire u.a.
- Arnason, Johann P.* (1998). Gescheiterte Globalisierung: Das sowjetische Modell, in: Klaus Müller (Hg.): Postsozialistische Krisen: Theoretische Ansätze und empirische Befunde, Opladen, 9–30.
- Beyme, Klaus von* (2007). Theorie der Politik im 20. Jahrhundert: Von der Moderne zur Postmoderne, Erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main.
- Bljakher, Leonid* (2002). „Prezumpcija Vinovnosti“. Metamorfozy Politicheskikh Institutov, in: Pro et Contra, Vol. 7(2), 77–91.
- Blokker, Paul* (2009). Introduction: 1989, Democracy, and Social Theory: A Return to Normality?, in: European Journal of Social Theory, Vol. 12(3), 307–320.
- Blühdorn, Ingolfur* (2006). billig will Ich. Post-demokratische Wende und simulative Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Vol. 19(4), 72–83.
- Brie, Michael* (1996). Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen, in: Helmut Wiesenthal (Hg.): Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt am Main, 39–104.
- Buchstein, Hubertus/Dirk Jörke* (2003). Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: Leviathan, Vol. 31(4), 470–495.
- Buchstein, Hubertus/Frank Nullmeier* (2006). Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Vol. 19(4), 16–22.
- Bunce, Valerie* (1999). The Political Economy of Postsocialism, in: Slavic Review, Vol. 58(4), 756–793.
- Bunce, Valerie* (2004). Learning from Post-Socialism, in: Yitzhak Brudny/Jonathan Frankel/Stefani Hoffman (Hg.): Restructuring Post-Communist Russia, Cambridge, 68–96.
- Chernyshov, Aleksej* (2003). Vlast' v Rossii: Problemy Poiska Ehlitnykh Sostavljajushchikh, in: Aleksandr Duka (Hg.): Vlast' i Ehlyty v Sovremennoj Rossii: Sbornik Nauchnykh Statej, St. Petersburg, 92–101.
- Collier, David/Steven Levitsky* (1997). Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research, in: World Politics, Vol. 43(3), 430–451.
- Crouch, Colin* (2008). Postdemokratie, Frankfurt am Main.
- Daugavet, Aleksandra* (2003). Neformal'nye Praktiki Rossijskoj Ehlyty: Aprobacija Kognitivnogo Podkhoda, in: POLIS. Politicheskije Issledovanija, Vol. 13(4), 26–38.
- Duka, Aleksandr* (2003). Problemy Institucionalizacii Rossijskoj Politiko-Administrativnoj Ehlyty: Ekonomicheskij i Global'nyj Aspekty, in: Aleksandr Duka (Hg.): Vlast' i Ehlyty v Sovremennoj Rossii: Sbornik Nauchnykh Statej, St. Petersburg, 162–186.
- Duka, Aleksandr* (Hg.) (2005). Vlast' i Ehlyty v Rossijskoj Transformacii, St. Petersburg.
- Gaman-Golutvina, Oksana* (2003). Politiko-Finansovye Klany i Politicheskije Partii kak Selektorat v Processakh Parlaamentskogo Predstavitel'stva Sovremennoj Rossii, in: Aleksandr Duka (Hg.): Vlast' i Ehlyty v Sovremennoj Rossii: Sbornik Nauchnykh Statej, St. Petersburg, 118–131.
- Gaman-Golutvina, Oksana* (2009). Changes in Elite Patterns, in: Richard Sakwa (Hg.): Power and Policy in Putin's Russia, Abingdon, 155–172.
- Gel'man, Vladimir* (2003). Institucional'noe Stroitel'stvo i Neformal'nye Instituty v Sovremennoj Rossijskoj Politike, in: POLIS. Politicheskije Issledovanija, Vol. 13(4), 6–25.
- Gel'man, Vladimir* (2010). Regime Changes Despite Legitimacy Crises: Exit, Voice, and Loyalty in Post-Communist Russia, in: Journal of Eurasian Studies, Vol. 1(1), 54–63.
- Greven, Michael Th.* (2009). War Demokratie jemals „modern“? Oder: Des Kaisers neue Kleider, in: Berliner Debatte INITIAL, Vol. 20(3), 67–73.

- Greven*, Michael Th. (2010). Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung, in: Thomas *Bedorf*/Kurt *Röttgers* (Hg.): Das Politische und die Politik, Berlin, 68–88.
- Gudkov*, Lev (2007). Russlands Systemkrise: Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus, in: Osteuropa, Vol. 57(1), 3–13.
- Guéhenno*, Jean-Marie (1994). Das Ende der Demokratie, München/Zürich.
- Hale*, Henry H. (2010). Russia's Political Parties and their Substitutes, in: Richard *White*/Richard *Sakwa*/Henry H. *Hale* (Hg.): Developments in Russian Politics 7, Durham, 81–98.
- Hann*, Chris/Caroline *Humphrey*/Katherine *Verdery* (2002). Introduction: Postsocialism as a Topic of Anthropological Investigation, in: Chris *Hann* (Hg.): Postsocialism: Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia, London/New York, 1–28.
- Heinemann-Grüder*, Andreas (2009). Kontrollregime: Russland unter Putin & Medvedev, in: Osteuropa, Vol. 59(9), 27–48.
- Holmes*, Leslie (2009). Corruption and Organised Crime in Putin's Russia, in: Richard *Sakwa* (Hg.): Power and Policy in Putin's Russia, Abingdon, 133–153.
- Huchtings*, Stephen/Natalia *Rulyova* (2009). Television and Culture in Putin's Russia: Remote Control, London/New York.
- Jörke*, Dirk (2005). Auf dem Weg zur Postdemokratie, in: Leviathan, Vol. 32(4), 482–491.
- Jörke*, Dirk (2006). Warum „Postdemokratie“? in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Vol. 19(4), 38–46.
- Kleger*, Heinz (2010). Politische Rationalität als Problemlösungshandeln, in: Anja *Gimmler*/Markus *Holzinger*/Lothar *Knopp* (Hg.): Vernunft und Innovation: Über das alte Vorurteil für das Neue, München, 271–288.
- Knobloch*, Jörn (2002). Defekte Demokratie oder keine? Das politische System Rußlands, Münster.
- Knobloch*, Jörn (2006). Hybride Systeme: Politische Praxis und Theorie am Beispiel Rußlands, Münster.
- Kryshatanovskaja*, Olga (2005). Anatomija Rossijskoj Ehlity, Moskau.
- Kryshatanovskaja*, Olga (2010). Formaty Rossijskoj Vlasti, in: POLIS. Politicheskie issledovanija, Vol. 19(1), 27–34.
- Lagerspetz*, Mikko (1999). Postsocialism as a Return: Notes on a Diskursive Strategy, in: East European Politics & Society, Vol. 13 (2), 377–390.
- Ledeneva*, Alena V. (2006). How Russia Really Works: The Informal Practices that Shaped Post-Soviet Politics and Business, Ithaca/London.
- Ledjaev*, Valeri (2008). Vlast', Avtoritet i Gospodstvo v Rossii: Osnovnye Kharakteristiki i Formy, in: Anton *Olejnik*/Oksana *Gaman-Golutvina* (Hg.): Administrativnye Reformy v Kontekste Vlastnykh Otnoshenij: Opyt Postsocialisticheskikh Transformacij v Svrnritel'noj Perspektive, Moskau, 58–93.
- Makarenko*, Boris (2004). Parlamentskie Vybory 2003 g. kak Projavlenie Krizisa Partijnoj Sistemy, in: POLIS. Politicheskie Issledovanija, Vol. 14(1), 51–65.
- Morandi*, Pietro (2004). Der Wille zum Risiko in modernen Gesellschaften. Oder: Woher stammt der Steuerungsoptimismus der 90er Jahre?, in: Thomas *Edeling*/Werner *Jann*/Dieter *Wagner* (Hg.): Wissensmanagement in Politik und Verwaltung, Wiesbaden, 37–56.
- Nureev*, Rustem/Anton *Runov* (2002). Rossija: Neizbezhna li Deprivatizacija: Fenomen Vlasti-Sobstvennosti v Istoricheskoj Perspektive, in: Voprosy Ehkonomiki, Vol. 62(6), 10–31.
- Outhwaite*, William/Larry *Ray* (2005). Social Theory and Postcommunism, Malden/Oxford/Carlton.
- Pavlenko*, Sergej (1999). Ehlement Demokratii ili Zakulisnye Sdelki? in: Pro et Contra, Vol. 4(1), 68–83.
- Petrov*, Kirill (2003). Struktura Koncepta „Terrorism“, in: POLIS. Politicheskie Issledovanija, Vol. 13 (4), 130–141.
- Petrov*, Nikolai V. (2004). The Elections since 1989: The End of the Chapter?, in: Yitzhak *Brudny*/Jonathan *Frankel*/Stefani *Hoffman* (Hg.): Restructuring Post-Communist Russia, Cambridge, 226–249.
- Pivovarov*, Jurij/Andrei *Fursov* (1999). Russkaja Sistema i Reformy, in: Pro et Contra, Vol. 4(4), 176–197.
- Pivovarov*, Jurij/Andrei *Fursov* (2001). „Russkaja Sistema“ kak Popytka Ponimanija Russkoj Istorii, in: POLIS. Politicheskie Issledovanija, Vol. 11(4), 37–48.
- Ray*, Larry (2009). At the End of the Post-Communist Transformation? Normalization or Imaging Utopia?, in: European Journal of Social Theory, Vol. 12(3), 321–336.
- Reißig*, Rolf (2009). Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert: Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden.
- Richter*, Emanuel (2006). Das Analysemuster der „Postdemokratie“. Konzeptuelle Probleme und strategische Funktionen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Vol. 19(4), 23–37.
- Rutland*, Peter (2010). The Oligarchs and Economic Development, in: Stephen W. Wegren/Dale R. Herspring (Hg.): After Putin's Russia: Past Imperfect, Future Uncertain, 4. Auflage, Lanhan u.a., 159–182.
- Sakwa*, Richard (2008). Russian Politics and Society, 4 Auflage, London.
- Schedler*, Andreas (2010). Authoritarianism's Last Line of Defence, in: Journal of Democracy, Vol. 21(1), 69–80.
- Schröder*, Hans-Henning (2008). What Kind of a Political Regime Does Russia have?, in: Stephen *White* (Hg.): Politics and the Ruling Group in Putin's Russia, Houndmills/New York, 1–26.

- Segert, Dieter* (2007). Postsozialismus-Spätsozialismus-Staatssozialismus: Grundlinien und Grundbegriffe einer politikwissenschaftlichen Postsozialismus-Forschung, in: Dieter *Segert* (Hg.): Postsozialismus: Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa, Wien, 1–23.
- Segert, Dieter* (2007a). Der Osten als Kopie des Westens oder als europäischer Trendsetter?, in: Dieter *Segert* (Hg.): Postsozialismus: Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa, Wien, 207–217.
- Segert, Dieter* (2009). Intelligenz und Macht: Der Beitrag der intellektuellen Dienstklasse zu Stabilität und Wandel in der DDR, in: Astrid *Lorenz*/Werner *Reutter* (Hg.): Ordnung und Wandel als Herausforderung für Staat und Gesellschaft, Leverkusen, 129–148.
- Shevzova, Lilia* (2004). Smena Rezhima ili Sistemy?, in: POLIS. Politicheskie Issledovanija, Vol. 14(1), 46–50.
- Shevtsova* [Shevzova], Lilia (2007). Russia: Lost in Transition: The Yeltsin and Putin Legacies, Washington.
- Smith, Adrian*/Adam *Swain* (1998). Regulating and Institutionalising Capitalism: The Micro-Foundations of Transformation in Eastern and Central Europe, in: John *Pickles* (Hg.): Theorising Transition: The Political Economy of Transition in Post-Communist Countries, London/New York, 25–53.
- Solov'ev, Aleksandr* (1999). Kul'tura Vlasti Rossijskoj Elity: Iskushenie Konstitucionalizmom?, in: POLIS. Politicheskie Issledovanija, Vol. 9(2), 65–80.
- Solov'ev, Aleksandr* (2004). Ehlektoral'nyj Defolt i Deinstitucionalizacija Politicheskogo Rynka, in: POLIS. Politicheskie Issledovanija, Vol. 14(1), 12–13.
- Staniszki, Jadwiga* (1999). Post-Communism: The Emerging Enigma, Warschau.
- Stoner-Weiss, Kathryn* (2010). Comparing Oranges and Apples: The Internal and External Dimensions of Russia's Turn away from Democracy, in: Valerie *Bunce*/Michael *McFaul*/Kathryn *Stoner-Weiss* (Hg.): Democracy and Authoritarianism in the Postcommunist World, Cambridge, 253–273.
- Volkov, Vadim* (2002). Silovoe Predprinimatel'stvo, St. Petersburg/Moskau.
- Wagner, Peter* (1995). Soziologie der Moderne: Freiheit und Disziplin, Frankfurt am Main/New York.
- Zabanova, Yana* (2008). Energy as a Contested Domain: Explaining Russia's Policy toward Foreign Direct Investment in the Energy Sector, Saarbrücken.
- Zaznaev, Oleg* (2008). The Presidentialization of a Semi-Presidential Regime: The Case of Russia, in: Stephen *White* (Hg.): Politics and the Ruling Group in Putin's Russia, Houndmills/New York, 27–41.

#### AUTOR

Dr. Jörn KNOBLOCH, geb. 1976 in Dresden, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Professur für Politische Theorie, Universität Potsdam, Forschungsschwerpunkte: Moderne Politische Theorie, Kulturalistische Politikwissenschaft, Hybride politische Systeme; Publikation: Hybride Systeme: Politische Praxis und Theorie am Beispiel Russlands, Münster, 2006.

Korrespondenzadresse: Universität Potsdam, Professur für Politische Theorie, August-Bebel-Str. 89, Haus 1 – Raum 1.25, D-14482 Potsdam

E-Mail: Joern.Knobloch@uni-potsdam.de